

## Zerreißprobe für die Kirche auf den Philippinen

Die politische Entwicklung auf den Philippinen seit der Verhängung des Kriegsrechts im September 1972 (vgl. HK, Dezember 1972, 583 ff.) hat für die katholische Kirche zu einer bisher nicht gekannten Zerreißprobe geführt. Augenblicklich ist das Bild besonders verworren. Die Gruppen der Gegner und Befürworter der Sondermaßnahmen sind nicht leicht ausfindig zu machen, zumal sie in den wenigsten Fllen mit traditionellen Gruppenstrukturen übereinstimmen. So gib es unter den Bischöfen teilweise vehemente Kritiker der als Diktatur bezeichneten Regierung von Präsident *Ferdinand Marcos*, während selbst die negativsten Folgen des Kriegsrechts ausgerechnet von führenden Mitgliedern der „Philippine Priest Inc.“, einer 1968 als Interessenvertretung der Priester gegründeten Vereinigung mit starkem sozialen Engagement, wortreich „erklärt“ und entschuldigt werden (vgl. Philippine Priest Forum, September 1973, 10 u. 109 ff.). In den letzten Wochen spitzte sich die innerkirchliche Auseinandersetzung besonders zu, und zwar 1. wegen der Spekulationen um die Besetzung des seit dem Tode von Kardinal *Rufino Santos* vakanten Bischofssitzes der Hauptstadt Manila, 2. des Hirtenbriefes der Bischöfe zum Jahresende 1973 und 3. einer von den Ordensoberen angeregten Umfrage in allen Bezirken des Landes über die politisch-kirchliche Situation seit Verhängung des Kriegsrechts.

Viele, die Kardinal Santos, der zwar nicht Vorsitzender der Bischofskonferenz, dafür aber der (auch ökonomisch) einflußreichste Bischof äußerst konservativer Einstellung mit direkter Verbindung zur Regierung war, für das größte Hindernis bei einer Neubesinnung der Kirche auf den Philippinen hielten, müssen nun plötzlich erkennen, daß nicht Santos allein das überkommene Bild der Hierarchie geprägt hatte. In den monatelangen Debatten über seinen Nachfolger wurden die divergierenden Positionen besonders

deutlich. Die jetzt erfolgte römische Entscheidung für den bisherigen Erzbischof von Jaro, *Jaime L. Sin*, entspricht zwar nicht den Vorstellungen der sog. progressiven Gruppen, dürfte aber auf der anderen Seite auch nicht unbedingt zu einer Fortsetzung der bisher fast unüberbrückbaren Gegensätze zwischen dem Erzbischof von Manila und vielen seiner Diözesanen führen.

### Spannungen in der Bischofskonferenz

Die aus 75 Bischöfen bestehende *Bischofskonferenz* des Landes bietet seit einiger Zeit keine einheitliche Gruppe mehr. Im Gegenteil: man findet in ihr dieselben einander widersprechenden Positionen vertreten wie innerhalb der Priester- und Laiengruppen. Am besten verdeutlicht dies die Tatsache, daß seit 1972 auf jede gemeinsame Erklärung der Bischöfe zu aktuellen Fragen eine entweder distanzierende oder selbstkritische Verlautbarung eines oder mehrerer Bischöfe folgte. Dies war der Fall nach dem Hirtenwort der Bischöfe unmittelbar nach *Verhängung des Kriegsrechts* und wiederholte sich im Dezember nach einer erneuten Stellungnahme der Bischöfe. Während sie damals „das Recht und die Pflicht der zivilen Autoritäten“ anerkannten, „angemessene Schritte zu unternehmen, um die Souveränität des Staates zu schtzen und Frieden und Wohlstand der Nation — innerhalb der Gesetzensgrenzen — zu garantieren“, meinten sie im Dezember 1973, es sei ernsthaft zu fragen, „ob angesichts der jüngsten Ereignisse Entwicklung wirklich mit Gerechtigkeit, Wahrheit und besonders christlicher Nächstenliebe einhergeht“ (NCNS, 26. 12. 73).

uerten im Oktober 1972 bereits 17 Bischöfe und 18 Mitglieder verschiedener Ordensgemeinschaften in einem getrennten Brief an Präsident Marcos starke Bedenken gegenüber der mit

dem Kriegsrecht verbundenen Methode der Gewalt und den restriktiven Maßnahmen, so melden sich seitdem regelmäßig einzelne Bischöfe, die sich von dem ihrer Meinung nach zu wenig überzeugenden und eindeutigen Kurs der Bischofskonferenz distanzieren. Besonders hervorgetreten sind die Bischöfe *Francisco Claver* von Malaybala auf der Insel Mindanao und *Antonio F. Nepomuceno* von Cotabato. Sie warfen ihren bischöflichen Amtsbrdern u. a. vor, sich bei ihren Konferenzen zwar ausführlich mit „finanziellen oder anderen trivialen Dingen“ befaßt zu haben, die „ernsten moralischen Probleme, die die Bevölkerung berühren“, jedoch unbeachtet gelassen zu haben (NCNS, 28. 8. 73). Ferner erwarteten sie eine klare Position der Hierarchie zur Unterdrückung des Rechts auf freie Rede, freie Versammlung und freie Wahlen. Die bisherige Haltung der Bischöfe nannten sie „ambivalent, doppelsinnig, abwartend und eine Politik des ‚Hände weg‘“. Wegen des weitgehenden Schweigens der Bischöfe falle die ganze Wucht von Gegenmaßnahmen und Einschüchterungen auf die Priester und Ordensleute zurück, die aus ihrer Meinung kein Hehl machten.

Dabei scheint auch heute noch die grundsätzliche Übereinstimmung in kirchlichen Kreisen vorzuherrschen, daß das Anliegen des Präsidenten, eine „Neue Gesellschaft“ zu schaffen, in der die Vorrechte der Oligarchie ebenso eingedämmt werden sollen wie Kriminalität und Korruption und in der eine Landreform zu gerechteren sozialen Strukturen und eine Preisdämpfung zu größerem Lebensstandard führen sollen, im Prinzip durchaus lobenswert sei. Diese gemeinsame Grundhaltung beruhte auf der Überzeugung, daß mit den Sondermaßnahmen des Präsidenten die gewaltsame, blutige Revolution verhindert werden könnte, es im übrigen momentan keine überzeugende Alternative für Marcos gebe und schließlich die durch das Kriegsrecht aufgehobenen demokratischen Freiheiten ohnehin für die meisten Filipinos eher eine Fiktion als eine Realität darstellten.

## Eine Umfrage der Ordensoberen

Dennoch trat schon bald eine Polarisierung zwischen den meisten Bischöfen und den in der „Philippine Priest Inc.“ organisierten Priestern ein. Die Priester traten weitgehend optimistisch unter dem Motto „Nach dem Schock voran mit Reformen“ an, während die Bischöfe z. B. bei einem Gespräch mit Regierungsvertretern nicht in der Lage waren, ein klares Konzept für soziale Reformen vorzuweisen und lediglich den Verlust einiger, hauptsächlich privilegierten Gruppen zugute kommenden Freiheiten beklagten. Erst die Manipulationen bei der Verabschiedung einer neuen Verfassung und bei den Abstimmungen über eine Verlängerung des Kriegsrechts machten eine zusätzliche Polarisierung in den Reihen der Priester deutlich. Heute stehen sich die Ansichten, all die undemokratischen Diktate des Präsidenten seien nun einmal unumgänglich, und die Meinung, es handle sich lediglich um die geschickt inszenierten Machenschaften eines machtlüsternen Präsidenten, unversöhnlich gegenüber.

Eine von den Ordensoberen im September 1973 angeregte Bestandsaufnahme mit Hilfe einer Befragung von kirchlichen Führungspersonlichkeiten des Landes könnte nun insofern zu einer Klärung beitragen, als jetzt realistischere Beurteilungen und eine Unterscheidung von Wunsch und Wirklichkeit eher möglich sind. Die am 26. November 1973 für die interne Diskussion veröffentlichte Zusammenfassung der Ergebnisse der Umfrage (Summary of National Survey of Religious Superiors) war die Grundlage eines Treffens der Ordensoberen Anfang Januar. Dabei waren die Reaktionen auf die Ausarbeitung sehr unterschiedlich. Von einigen wurde der Wert der Untersuchung schlichtweg angezweifelt. Dennoch bietet das Dokument zumindest einen Einblick in die Vielfalt der Auffassungen und Auswirkungen, die sich seit September 1972 herausgebildet haben. Da vom Gesetz her eine Repräsentativumfrage zu politischen Fragen derzeit unmöglich ist, waren die Verantwortlichen auf die Mitarbeit

eines möglichst breit gestreuten und über das ganze Land verteilten Kreises von Filipinos angewiesen.

Wenn man noch einmal daran erinnert, daß Präsident Marcos hauptsächlich wegen seiner Pläne für eine tiefgreifende *Landreform* von kirchlicher Seite Unterstützung erhielt, dann kommt den Ergebnissen zu diesem Fragenkomplex fraglos die größte Bedeutung zu. Hier wird mit genauen Belegen und vielen Beispielen deutlich, daß von einer Verwirklichung der Pläne kaum die Rede sein kann. So sollten entsprechend dem vielgerühmten Dekret Nr. 21 vom 21. Oktober 1972 nach jahrhundertelanger uneingeschränkter Machtausübung der Großgrundbesitzer über die abhängigen Pächter nun alle Pächter als Eigentümer des von ihnen bearbeiteten Grund und Bodens betrachtet werden. Die bisherigen Eigentümer, denen man nur 7 ha zugestehen wollte, sollten vom Staat für den Verlust entschädigt werden. Rund 715 000 Pächter mit ca. 1,5 Millionen ha Ackerland wären von dieser ersten Phase einer später weiter zu entwickelnden Landreform betroffen gewesen. Doch auf den verschiedensten Ebenen wird das Vorhaben blockiert. Eine Fülle von Ausnahmeregelungen sowie eine nachträgliche Heraufsetzung des den Großgrundbesitzern zugestandenen Anteils auf 24 ha verhindern die Reform ebenso wie die indirekte Benachteiligung durch Verweigerung von Krediten an die früheren Pächter. Auch die kurzfristige formelle Aufteilung des Grundbesitzes auf eine Vielzahl von Verwandten und in letzter Minute begonnene Umstrukturierung der Bodennutzung sorgten für große Ausfälle. Die Schätzungen des Reports gehen dahin, daß durch solche Manipulationen rund 80% der Pächter im Endeffekt entgegen den Versprechungen leer ausgehen. Vielfach ist die Übertragung eines Stückes Land lediglich eine Farce ohne rechtliche Absicherung. Mittelsmänner zwischen Erzeugern und Abnehmern bestimmen weitgehend das Geschäft und den Preis, Korruption sorgt für Umgehung der gesetzlichen Grundlagen bei der Landreform. Unter der Über-

schrift „Laßt sie Versprechungen essen“ kommt im übrigen die „Far Eastern Economic Review“ (14. 1. 74) zu den gleichen negativen Resultaten.

Typisch für die Situation ist auch die *Einschränkung der Freiheit* für die einstmal beispielhafte, von kirchlichen Kräften initiierte „Federation of Free Farmers“. Grundsätzlich sind ihr Treffen und Seminare verboten. Nur von der Regierung genehmigte und überwachte Themen dürfen behandelt werden. Ähnlich geht es fast allen bisher im sozialen Bereich aktiven Einrichtungen. Sie werden schlichtweg mit dem Prädikat „kommunistenfreundlich“ belegt und in ihrer Arbeit behindert. Geradezu absurd erscheinen solche Maßnahmen deswegen, weil die Ziele dieser Gruppen und die des Präsidenten im Grunde übereinstimmen. Die meisten Verhaftungen sind bisher in Kreisen sozial engagierter Priester und Laien vorgenommen worden. Ein Teil des „oppositionellen Untergrundes“ setzt sich nun verständlicherweise aus Mitgliedern dieser Bewegungen zusammen. Nicht weniger entlarvend sind die Antworten auf die Fragen nach der *Beschäftigungssituation* und dem *Verhalten des Militärs*. Kaum eines der proklamierten Ziele konnte nach Meinung der Befragten ordnungsgemäß verwirklicht werden. Auch die Eindämmung der Kriminalität und die Gewährleistung von Frieden und Ordnung blieben nur Schlagworte. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Zwar wurden „Privatarmeen“ verboten und Tausende von Waffen beschlagnahmt. Dennoch stimmen die Befragten überein, daß gerade von seiten der Polizeibehörden eine ernsthafte Befolgung der Ziele unterminiert wird. In keiner Weise hat das Kriegsrecht zu einer Verbesserung der Situation der Slumbewohner beigetragen. Zwar wurden riesige Slums im Rahmen einer für das Image der Regierung Marcos wichtigen Verschönerungsaktion buchstäblich dem Erdboden gleichgemacht, aber um neue Unterkünfte für die Vertriebenen kümmerte sich niemand.

Die vorher von kirchlichen Organisationen begonnene Arbeit der Bewußtseinsbildung ist häufig wegen der poli-

tischen Lage völlig unmöglich geworden. So dürfen beispielweise in einigen Gebieten die Begriffe „Gerechtigkeit“ und „Befreiung“ überhaupt nicht mehr gebraucht werden.

## Wenig Hoffnung

Allgemein scheint noch der Eindruck vorzuherrschen, daß die Amtsträger der Kirche sich eng mit der Regierung verbündet haben. Sie betrachten sich demnach lediglich als Beobachter und „rein spirituell“ ausgerichtet. Man wirft ihnen Angst vor Schwäche oder Indifferenz, zuviel Eigeninteresse und mangelnde Führung vor. Manche glauben, sie arrangierten sich mit dem Kriegsrecht, weil sie der Ansicht seien, nur Disziplin und Ordnung garantieren wirtschaftliche Entwicklung. Das Schweigen angesichts von Unterdrückung wird ihr ebenso vorgeworfen wie die Hilflosigkeit und Standpunktlosigkeit. Viele Priester würden von den Bischöfen gehindert, sich offen zu äußern oder im sozialen Bereich zu betätigen. Andere Priester wiederum nehmen die augenblickliche Situation in Schutz und werfen den kritischeren Amtsbrüdern Manipulation durch die Linke vor. Eine nicht mehr zu über-

sehende Polarisierung in allen Diözesen ist die Folge. Weitere äußerst kritische Differenzen werden durch die unterschiedlichen theologischen Standpunkte über Entwicklung und Befreiung sowie durch die besonders prekäre Situation der ausländischen Missionare hervorgerufen, denen eine Einmischung in interne Angelegenheiten zur Last gelegt werden könnte. Es ist nicht zu übersehen, daß aus Lateinamerika übernommene Ideen einer Theologie der Befreiung und der Bewußtseinsbildung nach dem Vorbild von *Paulo Freire* in großen Teilen der Priesterschaft und unter den Studenten die Richtschnur für das gesamte Handeln bieten.

Die Ordensoberen kommen an Hand der Befragung zu dem Schluß, daß von der Kirche eine eindeutige Haltung angesichts der eklatanten Verletzung fundamentaler Menschenrechte erwartet werden muß — selbst auf die Gefahr hin, daß sie unter solchen Stellungnahmen zu leiden hat. Den Bischöfen bleibt demnach nur die „Wahl zwischen größtem moralischem Einfluß und größter formaler Macht“. Noch scheinen die Bischöfe weit entfernt zu sein von einer solchen klaren Position. Präsident Marcos umwirbt sie weiterhin. Bezeichnenderweise wurden sie

erstmalig zurückhaltender, als Gerüchte von einer eventuellen Besteuerung kirchlicher Bildungseinrichtungen auftauchten. Auch die Verhaftung von Priestern und Schwestern sowie teilweise Übergriffe des Militärs auf Kirchen blieben nicht ohne Wirkung. Doch noch versichern sie, im Rahmen eines am 30. Oktober 1973 in Camp Aguinaldo zwischen dem Verteidigungsminister und ihnen ausgehandelten Komitees (Church-Military Liaison Committee) alle Klagen über Verletzungen garantierter Rechte vorbringen zu können. Dies Gremium soll als Basis für die Verständigung im Bereich der „vier C“ (Complaints, Clarification, Communication, Consultation) gedacht sein. Außerdem hielten die Bischöfe im Anschluß an ihre ordentliche Konferenz Ende Januar eine eigene Konferenz mit Unternehmern ab, um Möglichkeiten für eine Verbesserung der sozialen Situation zu erörtern.

Doch auch der kirchliche Untergrund ist nicht zu übersehen. Hier kann sich etwas entwickeln, das gänzlich anders verläuft, als es sich staatliche und kirchliche Führung derzeit wünschen. Die bisher kaum sichtbaren positiven Erfolge des Kriegsrechts und das abwartende Verhalten der Hierarchie verstärken dessen Aktivitäten.

## Zeitfragen

# Umweltkrise und Naturrecht

## Zu den Forderungen von Naturwissenschaftlern nach einer neuen Ethik

*Das in den letzten Jahren geschärfte Bewußtsein für die Folgen der Umweltgefährdung führt auch wieder neu zur Frage nach den ethischen Maßstäben, die Voraussetzung sind in Natur, Technik und Sozialwesen in einen menschengerechten Ausgleich zu bringen. Die neue Aktualität, die naturrechtlichen Grundüberzeugungen dabei zukommen könnte, untersucht der folgende Beitrag.*

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges sind Wirtschaft und Industrie in einem Ausmaß gewachsen wie nie zuvor in der Geschichte der Menschheit. Der Fortschritt von Wissenschaft und Technik schien keine Grenzen zu kennen. Als Höhepunkt dieser Entwicklung darf wohl die erste Landung von Menschen auf dem Mond im Jahre 1969 angesehen werden. Seit einiger Zeit werden allerdings die nachteiligen Folgen der übertriebenen Technisierung und